

Gegen gekaufte Politik

Wenn Unternehmen an Parteien spenden, erwarten sie eine Gegenleistung. Das Zustandekommen der Jamaika-Koalition im Jahr 2009 mit der Großspende des Unternehmers und FDP-Politikers Hartmut Ostermann an die Grünen hat dies eindrücklich belegt. DIE LINKE verurteilt diese Beeinflussung politischer Entscheidungen. Politik muss unabhängig sein. Wahlen werden zur Farce, wenn die Gewählten sich ihr Handeln von Großunternehmen oder Vermögenden diktieren lassen. Deshalb wollen wir Unternehmensspenden an politische Parteien nach dem Vorbild Frankreichs verbieten. Parlamentarier dürfen nicht auf der Lohnliste von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden stehen. Es geht um die Unabhängigkeit der Parlamente und um den Schutz der Demokratie. DIE LINKE fordert: Schluss mit den Bestechungsgeldern in der Politik!

Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung

Seit Jahren belegt das Saarland im Volksentscheid-Ranking bundesweit den letzten Platz. Kein anderes Bundesland macht es den Bürgerinnen und Bürgern so schwer, sich am demokratischen Entscheidungsprozess zu beteiligen. Volksentscheide sind aufgrund zu hoher Quoren, des Ausschlusses von finanzwirksamen Themen und extrem kurzer Fristen kaum möglich. DIE LINKE fordert eine unverzügliche Reform der Volksgesetzgebung im Saarland. Die hohen Hürden für eine Mitwirkung der saarländischen Bürgerinnen und Bürger müssen fallen!

Unsere Schuldenbremse heißt Millionärssteuer

Bei der Wahl am 25. März wird auch darüber entschieden, auf welchem Weg das Saarland die Vorgaben der Schuldenbremse einhält. Durch eine brutale Sparpolitik mit dem Abbau tausender Stellen im öffentlichen Dienst – oder durch die Verbesserung der Landeseinnahmen. DIE LINKE sagt: Nur mit einer Erhöhung der Einnahmen durch eine deutlich höhere Besteuerung großer Einkommen und Vermögen ist eine gerechte Sanierung der Landesfinanzen möglich. Während die Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den letzten Jahren um vier Prozent gesunken sind, sind die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen um 30 Prozent gestiegen. Der Abbau der Staatsverschuldung darf nicht erneut zu Lasten der Schwachen gehen. Deshalb sind die Einführung der Vermögenssteuer (Millionärssteuer) und eine sozial gerechte Reform der Erbschaftssteuer dringend notwendig. Beides sind Landessteuern, von denen das Saarland unmittelbar profitieren würde. Bestverdienende müssen endlich ihren Beitrag leisten, damit bessere Schulen, Krankenhäuser und öffentliche Sicherheit bezahlt werden können. Das Land darf nicht kaputt gespart werden. DIE LINKE will ein funktionierendes Gemeinwesen mit entsprechender Infrastruktur und Daseinsvorsorge erhalten.

Für eine Regulierung der Finanzmärkte – Im Saarland beginnen

DIE LINKE fordert eine strikte Regulierung des Bankensektors. Wir kämpfen gegen Wucherzinsen und für den gesetzlichen Anspruch auf ein kostenloses Girokonto. Bei Landesbanken und Sparkassen müssen die Anstaltslast und die Gewährträgerhaftung wieder eingeführt werden, damit das Geld der Sparerinnen und Sparer sicher ist. Der öffentliche Bankensektor hat seine Aufgaben im Sinne des Gemeinwohls wahrzunehmen. Deshalb wollen wir spekulative Geschäfte für Landesbanken und Sparkassen verbieten. Als einzige Partei im Saarland kämpft DIE LINKE gegen übertriebene Zinsen bei Banken und Sparkassen. Wir sagen: Der Jahreszinssatz für Überziehungskredite darf höchstens fünf Prozentpunkte über dem Basiszinssatz liegen.

Für gute Arbeit – Bekämpfung prekärer Beschäftigung

Viele Menschen sind trotz Arbeit arm. Die Politik von SPD, CDU/CSU, FDP und Grünen hat in den letzten Jahren dem Ausbau des Niedriglohnsektors, der Leiharbeit und der Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Tür und Tor geöffnet. Im Saarland hat beispielsweise die Firma Höll einhundert Beschäftigte entlassen und durch billige Leiharbeitskräfte ersetzt. Wir fordern eine strenge Begrenzung und Regulierung der Leiharbeit, ein Tarifreuegesetz, das diesen Namen verdient und die Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Beschäftigungssektors. Eine Regierung unter Beteiligung der LINKEN wird sich im Bundesrat mit Nachdruck für die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns einsetzen. Der saarländische Arbeitsmarkt ist vor allem durch die hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen geprägt, die wir nicht länger hinnehmen können. DIE LINKE verurteilt die von der schwarz-gelben Bundesregierung veranlassten Einsparungen in der Beschäftigungsförderung. Wir setzen uns für eine Arbeitsmarktreform ein, die auch im Saarland eine aktive Arbeitsmarktpolitik wieder möglich macht.

Gemeinschaftsschule festigen – Unterrichtsausfall bekämpfen

Das achtjährige Gymnasium überfordert viele Kinder und macht sie krank. DIE LINKE will ein Bildungssystem, das gleiche Bildungschancen für alle gewährleistet und niemanden aufgrund seiner sozialen Herkunft zurück lässt. Im ersten Schritt haben wir im Saarland die Gemeinschaftsschule ermöglicht. Nun wollen wir entsprechend ordentliche Rahmenbedingungen schaffen. Leistungsdefizite müssen früh ermittelt, die Förderung auf die jeweiligen Schwächen zugeschnitten werden. Den Unterrichtsausfall an saarländischen Schulen wollen wir konsequent bekämpfen und für eine entsprechende personelle Ausstattung sorgen. Die Hochschulen im Saarland müssen gestärkt und mit ausreichenden finanziellen Mitteln unterstützt werden.

Für lebenswerte Städte und Dörfer – Schutz kleiner Geschäfte

Große Einkaufszentren gibt es im Saarland mittlerweile genug. Gleichzeitig stehen immer mehr Ladenlokale vor Ort leer, weil sie dem Wettbewerbsdruck der großen Ladenketten nicht gewachsen sind. Dies gefährdet gewachsene Strukturen und Arbeitsplätze. Innenstädte und Gemeinden veröden. DIE LINKE ist die einzige politische Kraft im Saarland, die eine weitere Ausbreitung großer Einkaufszentren stoppen möchte. Es geht darum, die Inhaberinnen und Inhaber kleiner Ladenlokale zu schützen. Wir wollen die Neuansiedlung großflächiger Einzelhandelseinrichtungen über 800m² gebietsunabhängig untersagen, um die Verödung der Innenstädte und Ortskerne zu beenden.

Demokratie in der Wirtschaft – Belegschaftsbeteiligung

Echte Demokratie ist nur möglich, wenn sie auch die Wirtschaft ergreift. Deshalb tritt DIE LINKE für die Demokratisierung der Wirtschaft ein. Eigentum entsteht durch Arbeit, nicht durch Erbschaft oder Spekulation. Für DIE LINKE ist die Belegschaftsbeteiligung ein wichtiger Schritt für mehr Mitbestimmung und Demokratie in den Unternehmen. Wenn die Belegschaft selbst Beiträge erbracht hat und/oder Steuergelder zur Rettung von Unternehmen eingesetzt werden, muss die Belegschaft Anteile erhalten. Die Unternehmensvermögen werden nicht durch Vorstände geschaffen, sondern durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Aktive Industriepolitik – Einrichtung eines Saarlandfonds

DIE LINKE steht für eine aktive und innovative Industriepolitik an der Saar. Neben der Sicherung der bestehenden Unternehmen in Kernbereichen wie der Stahlindustrie, der Automobilindustrie, dem Maschinenbau und der Informationstechnologie sind neue Initiativen erforderlich. In der Medizintechnik sehen wir einen weiteren Schwerpunkt, den es auszubauen gilt. Um Unternehmen und Betriebe in ihrem Bestand zu sichern, Arbeitsplätze zu erhalten und sie zukunftsfähig zu machen, fordert DIE LINKE die Einführung eines „Saarlandfonds“. Er hat die Funktion eines Schutzschirms für bedrohte Betriebe. Gleichzeitig soll er die Beteiligung der Belegschaften ermöglichen.

Öffentlich-rechtliche Energieversorgung

Immer mehr Menschen im Saarland können ihre Stromrechnung kaum noch bezahlen, während die Energieriesen Rekordgewinne einstreichen. Das Stromnetz ist ein zentraler Bestandteil der für Bevölkerung und Wirtschaft wichtigen Infrastruktur, wird aber in Deutschland vorwiegend von privaten Stromkonzernen und deren Gewinninteressen beherrscht. Um diese Fehlentwicklung zu stoppen, bedarf es einer öffentlich-rechtlichen Energieversorgung. DIE LINKE steht für die Rekommunalisierung des Energiesektors, damit das Land über die Zukunft der Kraftwerksstandorte mitentscheiden kann. In diesem Sinne fordern wir, dass sich Land und Kommunen mehrheitlich bei der VSE beteiligen.

Cattenom endlich abschalten

Die Nutzung der Atomenergie zur Stromerzeugung ist unverantwortbar. Auf Antrag der LINKEN haben alle Parteien im saarländischen Landtag die Landesregierung aufgefordert, mit der französischen Regierung Verhandlungen über die Abschaltung bzw. Laufzeitbegrenzung des AKW Cattenom aufzunehmen. Die Landesregierung muss sich für europaweite Genehmigungsverfahren für Atomkraftwerke einsetzen.

Krieg darf kein Mittel der Politik sein

Der Einsatz der Saarlandbrigade in Afghanistan war weder zu rechtfertigen noch zu verantworten. Kriege sind kein taugliches Mittel zur Erreichung des Friedens, auch wenn sie mit dem Schutz der Menschenrechte begründet werden. Es ist aus humanitären Gründen nicht zu verantworten, dass sich die Saarlandbrigade an Kriegen beteiligte, deren Ende nicht absehbar ist und die viele zivile Opfer fordern. Sogenannte humanitäre Interventionen erreichen oft das Gegenteil von dem, was sie erreichen sollen. Der erfolglose Kampfeinsatz in Afghanistan zeigt dies seit über zehn Jahren. Die Bundeswehr muss aus Afghanistan abgezogen werden.